

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Umweltpolitik

Nr. 576/15 vom 17. Dezember 2015

Hauke Göttsch und Heiner Rickers: 16.200 Unterschriften gegen das Betretungsrecht sollten SPD, Grüne und SSW zum Umdenken bringen

Der jagdpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hauke Göttsch, und der Umweltpolitiker Heiner Rickers haben nach der heutigen (17. Dezember 2015) Übergabe von 16.200 Unterschriften an Ministerpräsident Torsten Albig gegen das von SPD, Grünen und SSW geplante ganzjährige Betretungsrecht ein Umdenken gefordert:

„Robert Habeck hat sich bei 3.600 Unterschriften gegen die 380-KV-Leitung beeindruckt vom geballten Protest gezeigt. Gegen das Betretungsrecht wurde heute fast das fünffache an Unterschriften übergeben“, so Göttsch.

Er betonte, diese Vielzahl an Unterstützern sei der Beleg für eine breite und weit über die Jägerschaft hinaus gehende Ablehnung des Betretungsrechtes. Der Vergleich mit anderen Bundesländern sei bei diesem Thema nicht stichhaltig. Schleswig-Holstein sei mit seinen Knicks und wenigen Waldflächen völlig anders gestaltet. Auch gebe es ausreichend Wege, auf denen sich Erholungssuchende in der Natur bewegen könnten.

Flora und Fauna bräuchten auch einmal Ruhe. Der grüne Umweltminister habe gerade erst auf Wunsch der Naturschutzverbände mit dieser Begründung die Jagdzeiten für das Wild drastisch verkürzt. Nun wolle Habeck im Schulterschluss mit den gleichen Naturschützern durchsetzen, dass künftig

auch zu Setz-, Brut- und Notzeiten jedermann auf eigene Faust über Wiesen und Felder Streifen dürfe.

„Für das Wild ist es aber egal, von wem es hochgeschreckt wird. Wer einmal gesehen hat, wie ein geschwächtes Reh im Tiefschnee die Flucht ergreift, oder wie von Hunden hochgeschreckte Bodenbrüter ihr Nest im Stich lassen, der kann nur mit dem Kopf schütteln. Für mich sind berechnete Ruhezeiten für Flora und Fauna wichtiger, als das von Habeck geforderte Rund-um-die-Uhr-Naturerlebnis für Jedermann“, sagte Rickers.